

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Pettzelle 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Neuer sozialreaktionärer Dorstos

Das Dawes-Abkommen ist in Kraft getreten. Seitdem ist die Spitzenorganisation des deutschen Unternehmertums noch lebendiger geworden, als sie vorher schon war. Die deutsche Arbeiterschaft hat allen Anlaß, die Ohren zu spitzen. Der Kampf um die Verteilung der Lasten aus diesem Abkommen ist in sein akutes Stadium getreten.

Die Hauptkämpfe der sozialen Reaktion waren von je die Schwerindustrie und der Bergbau. Kürzlich feierte der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller sein 50jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß gab die „Berliner Börsen-Zeitung“, die den Ehrgeiz hat, das führende Scharmacherblatt Deutschlands zu werden, eine Festnummer heraus. Die Festartikel waren von führenden Industriellen und Syndizi der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände geschrieben. Wir bezeugen den Namen: Dr. E. von Borjig, Dr. Längler, Dr. M. Klönne, Dr. Fritz Eichberg, Dr. S. Weiffinger u. a. Ein Sonderdruck der Artikel wurde der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ beigelegt. Wir sind also berechtigt, von einer Kundgebung des deutschen Unternehmertums schlechthin zu sprechen.

Der Gesamteindruck der Kundgebung kann nur dahin zusammengefaßt werden: Der deutschen Sozialpolitik droht schwerste Gefahr. Auf die Artikel hier im einzelnen kritisch einzugehen, würde zu weit führen. Einige der markantesten Stellen sollen aber festgehalten werden; sie kennzeichnen den Geist, von dem unsere führende Unternehmerschicht heute beherrscht ist.

### „Das Washingtoner Abkommen darf nicht ratifiziert werden.“

So steht es in auffallend großen Schlagzeilen an der Spitze der Festnummer. Also ein Befehl an die Regierung! Ob sie sich dadurch einschüchtern lassen wird? Wir hoffen, daß der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu seinem Worte steht, das die baldige Ratifizierung in Aussicht stellte. Herr Dr. Längler muß selber zugeben, daß die Vertreter unserer Gläubigerstaaten selbst bei den Verhandlungen des Internationalen Arbeitsamts in Genf die Ratifikation von Deutschland verlangt haben. Man sollte meinen, daß sich aus dieser Tatsache für jeden Deutschen nur eine Schlussfolgerung ergeben könnte. Unser Kollege Stegerwald hat sie bereits in der Auseinandersetzung mit Herrn von Borjig mit aller Deutlichkeit gezogen, indem er damals ausführte: „Nehmen wir doch die Genfer Ententevertreter beim Wort! Halten wir uns an die von uns in Genf verlangte allseitige grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentages, führen diesen nicht besser und nicht schlechter durch wie anderwärts, und beweisen wir damit der Welt, daß Deutschland bei einer ähnlichen Arbeitszeit wie in den anderen Staaten trotz größter Anstrengung die im Dawes-Gutachten festgesetzten Verpflichtungen nicht durchführen kann. Damit kann der seit vielen Jahren mit allen Mitteln umgehungenen Wahrheit, nämlich, daß ein Krieg von dem Umfange des letzteren von nicht von einem einzigen Volk liquidiert werden kann, sehr wirksame Vorarbeit geleistet werden.“ Herr Dr. Längler fragt dagegen: „Wie kann ein Schuldner sich dem Gläubiger vergleichen und sagen, ich will nicht mehr arbeiten als du, selbst wenn ich dich dann nicht bezahlen kann.“ Wir halten Herrn Dr. Längler nicht für so naiv, als er sich hier gibt. Er will der deutschen Industrie, im Hinblick auf ihre Vorbelastung, einen Vorprung vor der ausländischen sichern, den ihr die Verlängerung der Arbeitszeit bringen soll. Herr Dr. Längler mag einmal deutlich aussprechen, ob er an die Erfolgsmöglichkeit dieses Mittels glaubt. Wir halten es für ganz sicher, daß das konkurrierende Ausland jede Arbeitszeitverlängerung in Deutschland mit einer eben solchen beantworten wird. Oder will Herr Dr. Längler denn mit dem 12-, 14- und 16-Stundentag antworten? Im übrigen: Das Washingtoner Abkommen ist seit der Genfer Besprechung der Arbeitsminister mit so viel Vorbehalten verhandelt, daß es den wirtschaftlichen Notwendigkeiten genügenden, wir glauben sogar zuviel Spielraum läßt. Wenn trotzdem die Unternehmer so leidenschaftlich dagegen Sturm laufen, so beweisen sie damit nur, daß sie etwas ganz anderes bezwecken, nämlich den sozialen Rückschritt um des Prinzips willen.

### „Das Kapital ist krank, die Arbeitskraft gesund.“

Kein Geringerer als der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Herr von Borjig, tritt diese These. Zwar: „Keine Regel ohne Ausnahme.“ Gewiß gäbe es Kapitalisten, die es auch trotz Inflation und Devisengesetzgebung verstanden hätten, ihre alte Kapitalkraft zu erhalten oder zu vermehren. Und gewiß fände sich auf der andern Seite in weiten Arbeiterkreisen noch mancherlei Glend, dessen Quelle aber „nicht in einem zu niedrigen Stundenlohn (Natürlich nicht; die Arbeiter brauchen ja nur 10 und 12 Stunden zu arbeiten und sie verdienen genügend!), sondern in der Wirtschaftskrise, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit zu suchen sei.“ Aber: „... wenn auf der einen Seite der Unternehmer immer wieder seine Pflicht zu höchster geistiger, körperlicher, technischer und betriebsorganisatorischer Leistung in seinem Unternehmen und der Gesamtwirtschaft betont, so darf er mit Fug und Recht an die Arbeitskraft seiner Angestellten und Arbeiter die gleiche Forderung richten. Er tut dies, gerade weil er auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft steht, nicht mit dem Ziel der Ausbeutung, sondern mit dem Ziel der gleichmäßigen Verteilung der Lasten. Man hat auch in der Arbeitszeitfrage die Aufgabe des Staates zu sehr in einem Schutz des Arbeiters, als des wirtschaftlich Schwächeren, erblickt und dabei übersehen, daß der kapitalfranke Betrieb heute nicht minder schutzbedürftig ist. Ich meine deshalb, daß man bei der Beurteilung der Arbeitszeitfrage, gerade vom Standpunkt der Arbeitsgemeinschaft aus, sich endlich der phrasenmäßigen Behandlung enthalten und auch der Not der Unternehmerschaft sich zutenden sollte.“ Man merkt schon, worauf das alles hinausläuft, auch wenn es nicht deutlich ausgesprochen wird: Die Vorkriegsarbeitszeit muß wieder eingeführt werden. „Arbeitsgemeinschaft und Arbeitszeit“ hat Herr von Borjig seinen Artikel überschrieben. Die Anerkennung des Satzes: „Das Kapital ist krank, die Arbeitskraft aber noch gesund“ stellt er geradezu als Vorbedingung für ein arbeiterspezifisches Zusammenwirken hin. Hätte er gesagt, die Arbeiterschaft leidet Not, aber auch vielen Betrieben geht es schlecht, man stimme gerne zu. Aber nur als Ausnahme läßt er die Not der Arbeiterschaft gelten, im allgemeinen ist sie „noch gesund“. Was muß dieser Mann für Vorstellungen haben, wie es im Arbeiterhaushalt heute aussieht! Der bekannte Jesuitenpater Friedrich Muckermann schrieb neulich den Satz: „Mögen endlich die über soziale Fragen schweigen, die niemals unter das Volk gehen und wirklich sehen, wie es lebt.“ Und weiter: „Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes ist nur noch eine einzige leidende, getretene, dumpf grollende Masse.“ Es ist das Unglück unserer meisten sogenannten Wirtschaftsführer, daß sie niemals wußten, wie es der Arbeiterschaft wirklich ging. Und bei solcher Einstellung soll eine lebensfähige Arbeitsgemeinschaft zustande kommen? Wir haben unsere ohnehin nicht übermäßigen Hoffnungen nochmals tiefer geschrubt.

### „Man belügt sich selbst und andere.“

Von Wirtschaft verstehen natürlich nur die Unternehmer etwas. Sie allein kennen deren Erfordernisse, und selbstverständlich leitet sie dabei kein anderes Interesse, als das der Allgemeinheit. Diese schöne Selbstsicherheit geht bei dem Dortmunder Großindustriellen Herrn Dr. Klönne so weit, daß er sich zu der anmaßenden Behauptung verleiht, die Gewerkschaftsführer stimmten innerlich mit der Auffassung der Unternehmer überein, nur seien sie zu feige, um auch öffentlich für die Wahrheit einzustehen. „Man belügt sich selbst und andere.“ So Herr Dr. Klönne wörtlich in seinem Festartikel „Wirtschaft“.

Wir meinen, wer so leichtfertig mit der Wahrheit umgesprungen ist, wie sich das die Spitzenorganisation der deutschen Unternehmer in ihrem bisherigen Kampfe gegen die Sozialpolitik in Duzenden Fällen hat nachweisen lassen müssen, der sollte mit dem Wortwurf der Unwahrhaftigkeit gegen andere sehr vorsichtig sein. Herr Dr. Klönne passiert noch das besondere Mißgeschick, in seinem Artikel Tatsachen zu behaupten, die ganz offensichtlich mit der Wahrheit in Widerspruch stehen. Er zitiert Zahlen der Berliner Handelskammer über die Verteilung von Arbeitslohn, Dividende und öffentlichen Abgaben und stellt im Anschluß daran die ungeheuerliche Behauptung auf, „daß Reich und Kommunen heute den doppelten Arbeitslohn vom Unternehmer für sich fordern“. Unsere Tageszeitung „Der Deutsche“ hat das eine „wahrheitswidrige Behauptung“ genannt, er möchte solche Mißgeburten Herrn Dr. Klönne gar nicht zutrauen und meint, sie passe viel besser in die Kinderstube der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. In der Tat ist die Rechnung, die der „Deutsche“ anstellt, einfach genug, daß sie auch Herr Dr. Klönne hätte anstellen können: „Das ganze Steueraufkommen in Deutschland einschl. Länder- und Gemeindesteuern beträgt nach den Vorschlägen für das laufende Finanzjahr etwa 6 Milliarden Goldmark. Die

Lohnzahlungen der deutschen Wirtschaft betragen dagegen annähernd 20 Milliarden Goldmark. Diese Summe kann man sich leicht errechnen, wenn man die Steuereinnahmen aus dem zehnprozentigen Lohnabzug, die jeden Monat ausgewiesen werden, benützt, um eine Rückrechnung auf die Gesamtsumme des Lohnes vorzunehmen von dem die Steuer in Abzug gebracht wurde. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die gesamte Steuerlast des deutschen Reiches höchstens 40 Prozent der Lohnlasten betragen kann. Diese 40 Prozent werden aber wieder nur zu einem geringen Teile von dem Unternehmer selbst bezahlt; denn die größten Lasten beruhen auf den Verbrauchern (Umsatzsteuer, Verbrauchssteuern, Einkommenssteuer). Mag der verbleibende Rest auch noch 10 bis 20 Prozent, also ein Zehntel bis ein Fünftel der Lohnsumme ausmachen, so erhellt aus ihm doch, welche furchtbare Entstellung der Tatsachen sich Herr Klönne mit der obigen Behauptung zuschulden kommen ließ.“ Jawohl, Herr Dr. Klönne: „Man belügt sich selbst und andere.“ Wie auch die Behauptungen der Unternehmer über die soziale Belastung der Wirtschaft mit der objektiven Wahrheit gar nichts zu tun haben, was sie sich sogar amtlich bescheinigen lassen mußten.

### „Jede Lohnerhöhung eine proportionale Geldentwertung.“

Diese wunderbare volkswirtschaftliche Entdeckung hat Herr Dr. Fr. Eichberg, auch einer von den „Prominenten“ der deutschen Wirtschaft, gemacht. In seinem Festartikel: „Lohn und Währung“ schreibt er, nachdem er es als „unverständlich“ bezeichnet hat, daß „neue Bewegungen zur Erhöhung der Löhne eingeleitet, gefördert oder stillschweigend gutgeheißen“ werden: „Bergehen wir nicht, daß die gleitende Währung ihren Anfang nahm mit den gleitenden Preisen, die ihrerseits gleitenden Löhne auslösten. Es entstand der Wettlauf um Sachwerte — ein Schlagwort, das nichts anderes bedeutete, als daß der eine dem andern, die eine Wirtschaftsgruppe der andern durch größere Geschäftlichkeit und schnelleren Entschluß nur einen Teil des Gegenwertes bezahlte. Dieser Wettlauf um das scheinbar „goldene Kalb“ war begünstigt durch die wirtschaftlichen Umwälzungen, die das furchtbare Kriegsende mit sich brachte. Es galt als eine revolutionäre Errungenschaft, daß nunmehr auch der Arbeiter den Wettlauf mit dem Schatten des Geldes antrat: zuerst unbewußt, nachher zumindest den Führern bewußt. Obwohl ernsthafteste Wirtschaftler der verschiedensten Kreise rechtzeitig warnten, wurde die Kraft nicht aufgebracht, den Massen die Wahrheit zu sagen, die darin bestand, daß jede Lohnerhöhung eine proportionale Geldentwertung mit sich bringen mußte.“

### „Einleitend sagt Herr Dr. Eichberg richtig, daß die Inflation von der Schuldseite der Unternehmer her ihren Anfang genommen hat: durch die „gleitenden Preise“, durch den „Wettlauf um Sachwerte“.“

Trotzdem am Schlusse die Feststellung, daß „jede Lohnerhöhung eine proportionale Geldentwertung“ gebracht hat. Ueber den Unverstand, der aus dem zweiten Teil seiner Ausführungen spricht, könnte man sich geradezu entsetzen. Es ist doch nicht Einbildung, sondern traurige Wahrheit, daß Sacharbeiter in der Inflationszeit nicht selten mit Stundenlöhnen von 12 und 15 Pfennigen (in Gold) nach Hause gingen, daß manchmal ein ganzer Wochenlohn am Auszahlungstage kaum noch für zwei Pfund Mehl reichte. Trotzdem: „Die Führer haben nicht die Kraft aufgebracht, den Massen die Wahrheit zu sagen.“ Möglich, daß das Rezept des Herrn Dr. Eichberg einigen Erfolg gehabt hätte. Nur wäre die Arbeiterschaft inzwischen verhungert.

All die klugen Herren, die heute, wenn es gilt Lohnerhöhungen abzuwehren, nicht müde werden, auf die „drohende Gefährdung der Währung“ hinzuweisen, mögen sich im übrigen sagen lassen, daß ihre Weisheit die von Männern ist, die vom Rathause kommen. Es fällt uns nicht ein, die deutschen Unternehmer in Industrie und Handel für die Inflation an sich verantwortlich zu machen; deren erste Ursachen lagen zweifellos auf politischem Gebiet. Aber an der Fortführung der Inflation bis zum bitteren Ende tragen sie die allergrößte Schuld. Das hat ihnen noch in den letzten Tagen einer

unserer besten Wirtschaftskennner, der zudem den Vorzug hat, uninteressiert zu sein, bescheinigt. In der „Handelszeitung des Berliner Tageblatts“ (Nr. 645 vom 15. November 1924) weist Dr. Felix Pinner darauf hin, daß die Wirtschaft rechtzeitig vor der Gefahr einer unerlösten Fortführung der Inflationspolitik gewarnt worden ist. „Wichtig ist die Großwirtschaft und leider auch die Großbanken haben sich diesen Anregungen und Entwürfen bis zuletzt verschlossen. Sie glaubten, daß ihnen die Inflation nichts schade oder sogar durch die Möglichkeit der billigen Zusammenhäufung von Sachwerten Nutzen bringen könne. Sie haben sich darin geirrt, denn die schönsten Sachwerte und Betriebsanlagen sind produktiv wertlos, wenn das mobile Kapital zu ihrer Betreibung fehlt. Und daß es heute in so erheblichem Umfang ist, ist die Folge eben jener bis zur Währungsvernichtung betriebenen Inflationspolitik, die alle Bankbesparnisse, Spareinlagen und sonstigen mobilien oder halbmobilen Vermögenswerte völlig aufzehrt, zugunsten der Sachwertbesitzer, die damit aber nicht einmal ihre eigene Substanz und ihre eigenen Betriebskapitalien retten konnten.“ So ist es! Man wird unwillkürlich an das Wort von den betrogenen Betrüggern erinnert. Nun soll durch schärfsten Nachdruck in kürzester Frist das fehlende Betriebskapital wieder herbeigeführt werden. Die industrielle Kapitalbeschaffung ist vor dem Kriege andere Wege gegangen. Sie wird es auch künftig müssen. Jedenfalls: Die Arbeiterschaft ist genau im Bilde, was mit ihr gespielt werden soll, und sie wird sich ihrer Haut zu wehren wissen.

**Löhne nach den Lebensmittelpreisen schlechthin undiskutabel.**

Herr Dr. G. Meißinger, Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände stellt diesen Grundgedanken. Seine Gründe: 1. Der gegenwärtige Lebenshaltungsinde... (Text continues with economic analysis of wages and cost of living, mentioning inflation and the impact on workers' purchasing power.)

ermäßigt. Aber ihre Preisabbauaktion ist von der privaten Wirtschaft sabotiert worden; statt des erwarteten und möglichen Preisabbaues kamen Preisserhöhungen. Beide Argumente zeugen nicht nur von einem außerordentlichen Unverstand, sie können von der Arbeiterschaft in ihrer gegenwärtigen schlechten Lage nur als eine Verhöhnung empfunden werden.

Vom Wollen der Unternehmer künden die vorstehenden Zeilen. Sie erstreben: Verlängerung der Arbeitszeit mindestens auf das Vorkriegsmaß, Beibehaltung des heutigen Lohnniveaus, Einschränkung der Sozialversicherung, kurzum, sozialen Rückschritt auf allen Gebieten. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß dieses Wollen zur Tat wird. Es darf niemals zur Tat werden! Das zu verhindern, liegt zum größten Teil in der Hand der Arbeiterschaft selbst. Aber dazu bedarf sie starker Organisationen. Als geradezu verbrecherisch will uns heute das Verhalten jener, leider sehr zahlreichen Arbeiter erscheinen, die im Laufe des letzten Jahres der Organisation den Rücken gefehrt haben. Sie sind in einem Augenblick jährenflüchtig geworden, wo für die Arbeiterschaft schlechthin alles auf dem Spiele steht. Um so mehr besteht für die alten, geschulten Gewerkschaftler Veranlassung, die äußerste Kraft aufzubieten, damit der Verband umgehend wieder auf die alte Höhe gebracht wird. Dieser Winter darf für die Bauarbeiter keine Ruhezeit sein! Der letzte Unorganisierte muß für den Verband gewonnen und das Aeußerste zur Stärkung der Verbandsklasse getan werden. Nur so können wir mit Ruhe den kommenden harten Kämpfen entgegengehen, die uns bestimmt auch im Baugewerbe nicht erspart bleiben werden.

**Die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft**

Die deutschen Unternehmer wollen, koste es was es wolle, die Löhne niedrig halten. Zu diesem Zwecke arbeiten sie mit den ungeheuerlichsten Uebertreibungen. In der letzten Zeit haben sie besonders über die „unerschwingliche“ Höhe der Soziallasten geklagt. Bis zu 4 1/2 Milliarden Goldmark wurde die jährliche Belastung der deutschen Wirtschaft aus Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge beziffert! Ka die maßlos übertriebenen Forderungen wurden weitgehende Forderungen für die Preis- und Lohnpolitik getrübt, die in der Regel darauf hinauslaufen, daß die Preise höher, die Löhne aber niedriger sein müßten als im Frieden. Es ist gut, daß das vom Reichsarbeitsministerium herausgegebene „Reichsarbeitsblatt“ einer weiteren Vergiftung der öffentlichen Meinung vorbeugt, indem es mit einwandfreiem Material die wirkliche soziale Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialpolitik feststellt. In der Darstellung heißt es u. a.: Neben den die deutsche Wirtschaft schwer benachteiligenden Umständen, wie z. B. die Belastung durch Steuern, Zinsen, Kapitalmangel, Ausführungsverweigerungen, alle Auswirkungen des Dawes-Plans, ist die Bedingtheit der Sozialpolitik durchaus anzuerkennen. Doch ist diese Bedingtheit eine gegenseitige, denn die Sozialpolitik sorgt für die Erhaltung der Arbeitskraft,

des unentbehrlichen Produktionsfaktors in Zeiten der Not. Würden Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge fehlen, müßten eigene Vorkehrungen der Arbeitnehmer an ihre Stelle treten, so würde das zu erheblichen Lohnsteigerungen und zu Lohnkämpfen führen, die auch der Wirtschaft nicht erwünscht sein können. So ist der sozialpolitische Aufwand im Grunde genommen ein Aufwand der Wirtschaft für sich selbst.

Innerhalb der Sozialversicherung hat sich der Aufwand für die einzelnen Versicherungszweige im Vergleich mit der Vorkriegszeit verschieden entwickelt, aber nirgends auch nur annähernd das Ausmaß erreicht, das in der Öffentlichkeit vielfach behauptet wird. Die Unfallversicherung, insbesondere mit ihren jetzt 24 Millionen Versicherten, hatte für Renten, Krankenbehandlung, Erstattungen usw. im Jahre 1913 eine Entschädigungslast von rund 150 Millionen Mark zu tragen. Dank wirksamerem Unfallschutze und erfolgreicher Heilbehandlung ist die Zahl der Unfallanzeigen und Rentenansprüche gesunken. Darüber hinaus hat aber in der Rentenbemessung äußerste Sparfameit, die allerdings manche auf die Dauer nicht tragbare Härten mit sich gebracht hat, dafür gesorgt, daß im Jahre 1924 die Entschädigungslast erheblich geringer sein wird als 1913. Sie wird nämlich nur etwa 100 Millionen Reichsmark betragen.

Die Angestelltenversicherung mit ihren 1,8 Millionen Versicherten, die in der Hauptsache Ruhegeld bei Berufsunfähigkeit, Hinterbliebenrente und Heilverfahren gewährt, hatte im Jahre 1913 138 Millionen Mark und im Jahre 1917 schon 169 Millionen Mark aufgebracht. Trotz Vermehrung der Versichertenzahl, die sich aus der klareren Abgrenzung gegenüber der Invalidenversicherung und aus dem Schwinden großer Teile des wirtschaftlich selbständigen Mittelstandes ergab, sind auch für die Angestelltenversicherung die Lasten jetzt niedriger geworden. Sie werden für das Jahr 1924 rund 110 Millionen Reichsmark betragen. Gegenüber einer Beitragslast in den höheren Gehaltsklassen von 7 v. H. vor dem Kriege ist der Beitragsfuß jetzt auf 4 v. H. und stellenweise noch tiefer herabgegangen.

In der Invalidenversicherung hat sich infolge Aufnahme der Witwen und Waisen aus dem Kriege, durch Bewilligung der Invalidenrente an 65jährige Arbeiter usw. die Zahl der Rentenempfänger beträchtlich vermehrt. Auch mußten die früher allzu niedrigen Bezüge der Witwen und Waisen aufgebessert werden. Die Schwierigkeiten der Deckung wurden durch organisatorische Maßnahmen — Umlageverfahren, Lastenausgleich im Reichsgebiet usw. — überwunden. So kann die Invalidenversicherung mit einer mäßigen Mehrbelastung der Wirtschaft ihr Auskommen finden. In den unteren Lohnklassen ist die Belastung stellenweise sogar geringer als vor dem Kriege und nur bei den mittleren und oberen höher. Insgesamt ist für 1924 mit kleiner Beitragslast von 330 Millionen Reichsmark — gegenüber 290 Millionen im Jahre 1913 — zu rechnen. Dabei bleibt aber zu berücksichtigen, daß infolge der Geldentwertung der Zinsdienst für die ausgetretenen Kapitalisten der Versicherungsanstalten, der die Wirtschaft früher mit 60 bis 70 Millionen jährlich belastete, beinahe aufgehört hat. Schwierig, zum Teil ernst, liegen allerdings die Verhältnisse in der Krankenversicherung. Sie hat etwa 18 Millionen Versicherte für den Krankheits-

**Vom Werden des deutschen Staates**

Das Ringen um die Verfassung und der Kampf um die deutsche Einheit, beide verknüpft im erwachsenen Nationalbewußtsein und Nationalstolz. Die erste große Welle der Bewegung nach dem Freiheitskriege vielversprechend empor, wird durch die Reaktion und die Demagogenvorgänge eingestengt, schrickt dann aber bis zur Mitte des Jahrhunderts wieder gewaltig an, um dann plötzlich zusammenzubrechen, weil — der starke und große Mann fehlt, der der nationalen Sehnsucht zum Ziele verholfen hätte. Der langsam erwachte diese nach tiefer Ernüchterung dann wieder zum Leben, und bei diesem zweiten Vorstoß trat sich dann der Übertragende, gewaltige Führer an die Spitze, Bismarck, und das Kleinwerk wurde vollbracht. Selten tritt die Vorsehung über die geschichtlichen Zusammenhänge hinweg in die Erscheinung, als an dieser Bewegung des 19. Jahrhunderts. Sie tragt diejenigen Vögel, die da sagen, alles ist Ergebnis der Verhältnisse, Wägen und Rassen — die größte Begeisterung ist Wägen fruchtlos zusammengebrochen — und sie offenbart uns, daß die Laten großer Männer, und gerade die großen, Erfüllung der Allgemeinsehnsucht unter Bedingung der Volkstrübe und Kampfe sind. — Bismarck hat in tiefer Einsicht dies oft ausgesprochen.

1840 bestieg Friedrich Wilhelm IV. den preussischen Thron, begrüßt und allgemein mit so freudigen Hoffnungen empfangen, wie selten wohl ein Herrscher. Er sollte erfüllen, was man seinem alten, schicksalsgeprägten Vater nicht mehr abdrängen wollte, sollte Führer sein der heftigen Einheit und Freiheit in der Verfassung. Aber diese Erwartungen wurden aufs bitterste enttäuscht. Friedrich Wilhelm IV. war der Romantiker auf dem Thron. Er lebte in der mittelalterlichen Aufzucht von Fürstentümern und wollte allein, ohne geschriebenes Wort (generell ist die Verfassung), göttlichen Gott und dem Volk verantwortlich, allein Gott verantwortlich sein. Er trat er in den schroffen Gegensatz zur Allgemeinheit, wo liegt der Gedanke von der Souveränität des Volkes? Er glaubte nicht, daß das Volk selbst hat, daß das Volk regieren sollte, das Parlament, Freiheit der Presse und der Lehre forderte. Da der König sich klammern an die alten Lehren wollte, verkehrte sich der Fortschritt in bedrohlicher Weise. Damals, in den vierziger Jahren, war es, wo unsere politische Richtung eine nie

wieder erreichte Höhe und Siebzigste aufweist. Und als dann der äußere Anstoß der Februarrevolution von Frankreich herüberwirkte, brach auch in Deutschland überall der Sturm des Jahres 1848 los, wo die Throne und Ministerstühle wankten und endlich im Kompromiß ungenügende Verfassungen erstritten wurden.

Eine geschichtlich viel größere Bedeutung als die Frage der Verfassung aber hatte unbefritten die der deutschen Einheit. Eine tiefe Tragik liegt in diesem Ringen: Es gab damals wohl kaum einen Deutschen, der nicht mit brennender Sehnsucht die Erreichung dieses Zieles gewünscht hätte. Aber das „Wie“ war gar mannigfaltig verschieden, und es fand sich kein starker Held, der einer der Gruppen zum Siege hätte verhelfen können. Der Kern der Schwierigkeit lag gewiss im Gegensatz Österreich-Preußen, aber auch außerdem waren viele Möglichkeiten gegeben. Da wünschte man ein reindeutsches Reich unter Führung Österreichs oder Preußens, oder beider als gleichberechtigt nebeneinander, oder neben beiden als dritte Macht die übrigen, gezeigten Staaten (man denke an den Rheinbund); oder man wollte ein deutsches Reich mit Ausschluß Österreichs unter Preussischer Führung; oder aber, man dachte endlich an ein ganz großes Reich mit Einschluß auch Ungarns und der italienischen Besitzungen, wiederum mit verschiedener Möglichkeit der Führung. Die Sehnsucht nach diesem Ziel war ständig gewachsen, seit die Freiheitskriege sie wachgemacht hatten; neue Nahrung und Höhepunkte erreichte sie bei der drohenden Kriegsgefahr mit Frankreich 1840 und den damaligen Zügen gegen Dänemark. Zeugen der Stimmung sind die Lieder: „Sie sollen ihn nicht haben, den freien, deutschen Rhein“ und „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“, die in jenen Tagen entstanden. Österreich konnte das deutsche Schicksal nicht erfüllen. Da es keine unabhängigen Besitzungen nicht abtreten konnte und wollte, war es nur noch zum geringeren Teile deutscher Staat mit deutschen Interessen; wie sollte es Deutschland führen? Außerdem bestand Österreich auf einer starken Schwächung Preußens, die nicht freiwillig zu erreichen war. So wandten sich schon frühzeitig aus verschiedenen Teilen Deutschlands die Blitze hoffnungsvoll an Preußen. Als dann 1848 in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. die Nationalversammlung zusammentrat und eine Reichsverfassung anarbeitete, bot sie im März 1849 die deutsche Kaiserkrone Friedrich Wilhelm IV. an. Dieser aber lehnte ab.

Er tat es aus seiner mittelalterlichen Reliquanz heraus, die es ihm verbot, aus den revolutionären Händen einer Volksversammlung eine Krone anzunehmen. Bäre das Angebot von jenen Ritsürken aus-

gegangen, so hätte er vielleicht angenommen. Am liebsten aber wäre es ihm gewesen, der Oesterreicher hätte, wie in von ihm verehrten Mittelalter, die Kaiserkrone genommen, und er wäre dessen Reichsfürst geworden. Jedenfalls aber war es ein Willkür, daß der preussische König sich weigerte, denn im entgegengesetzten Falle wäre ein deutscher Bürgerkrieg wohl unvermeidlich gewesen, da tatsächlich die meisten mäßigwilligen Fürstentümer, besonders der österreichische, ihn nicht anerkannt hätten. Der Lösung der deutschen Frage schenkte man ferner zu sein als jemals; mit hängenden Köpfen ging die Nationalversammlung, die die besten Männer der Zeit in sich vereinigt hatte, nach Hause.

Noch einmal blühte eine geringe Hoffnung auf, als Preußen unter seinem äußerst geschickten und tüchtigen leitenden Minister Radowitz es unternahm, die Union zu gründen. Im Mai 1849 wurde zwischen Preußen, Hannover und Sachsen ein Dreikönigsbund geschlossen, und der König hoffte, auf legitimen Wege, durch Vereinbarung der Fürsten, allmählich zu einer deutschen Einheit vordringen zu können. Die Führung hätte er jederzeit dann wieder gern an Österreich abgetreten. Aber dieses wollte nun einmal nicht und konnte nicht wollen, wie wir gesehen haben, und so brachte es bald einen Gegenbund zustande und trieb seine geheimnisvollen Intrigen soweit, daß endlich Preußen auf dem Vertrag zu Olmütz 1850 die Union aufstellte.

Im Deutschland stand es schlimmer als jemals, da es nicht nur nicht vorwärts gekommen war, sondern es auch alle seine Kräfte vergeblich eingesetzt hatte. Niedergelassenheit ergriff alle Reichen, und vor allem glaubte niemand mehr an die Führung Preußens, das häufig versagt hatte und im Vertrag zu Olmütz tief gedemütigt worden war. Österreich, mit bösem Willen zur Einheit, galt allgemein als die Vormacht Deutschlands. Bald danach befahl auch noch der König nach mancherlei Vorzeichen eine unheilbare Geisteskrankheit, und sein schon ällicher Bruder übernahm die Regierung. Es war der „Startschienprinz“ Wilhelm, der sich keiner großen Beliebtheit erfreute. Und doch ist er es, unter dem das heutige Reich gezeugt wurde. Er ist einer von den gerlich wenigen, die Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung unter Napoleon gesehen haben, der für die Befreiung mitgekämpft hat, der die erste nationale Sehnsuchtsquelle vererbte, und unter dessen Joch ihr dann endlich Erfüllung wurde, wenn auch vielleicht noch nicht in der eukülligen Form, denn alle Deutschen, auch die Oesterreicher, gehören ins Deutsche Reich!

Georg Rowoldt.

fall zu versorgen. Ihre nicht unerheblichen Minderungen hat die Inflation zerstört. Ungewöhnlich hoch ist in diesem Jahre die Zahl der von den Ärzten als arbeitsunfähig bezeichneten Kranken. Neben objektiven Verschlechterungen der Volksgesundheit spielen dabei wirtschaftliche Umstände mit, indem zu Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs die Krankenversicherung von manchen als Kranksversicherung benutzt wird. Nur ärztliche Gewissenhaftigkeit und genaue Kontrolle können Mißbräuchen entgegenwirken. Sparsamste Wirtschaft aller Beteiligten ist unabweisliche Pflicht. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums sind die Grundjahre über den Personalabbau in der Reichsverwaltung auch auf die Personalträger angewandt worden. Während der Beitragsjahre, — der vor dem Kriege etwa 4 v. H. betragen hatte — zu Anfang des Jahres 1924 unter den Nachwirkungen der Inflationswirtschaft 8 bis 10 v. H. der Löhne ausgemacht hatte, ist er inzwischen auf durchschnittlich 6 v. H. herabgesetzt worden. Es wird versucht werden, ihn auf 5 v. H. zu bringen. Für das Jahr 1924 muß, infolge der geschilberten Verhältnisse, aber doch mit einer Belastung durch die Krankenversicherung in Höhe von 750 Millionen Reichsmark — gegenüber 502 Millionen im Jahre 1914 — gerechnet werden. Insgesamt stellen sich die Lasten für Unfall-, Angelegenheiten-, Invaliden- und Krankenversicherung für das Jahr 1924 auf 1290 Mill. Reichsmark, gegenüber 1102 Millionen Mark im Jahre 1918. Die Mehrbelastung beträgt im ganzen 18 v. H., also nicht so viel, wie die allgemeine Verteuerung. Sie macht für die Arbeitnehmer allein rund 27 1/2 v. H. aus, also ungefähr so viel wie die Steigerung der übrigen Lebenshaltungskosten, für die Arbeitgeber 6,5 v. H., d. h. noch nicht den vierten Teil der Steigerung, welche die Großhandelspreise gegenüber der Vorkriegszeit erfahren haben. Die Pflicht zu äußerster Sparsamkeit und möglichster Herabsetzung der Ausgaben wird wiederholt betont. Dabei wird gesunde Kritik aus den Kreisen der Interessenten, die aber von den Tatsachen, nicht von unrichtigen Ziffern ausgehen muß, als wertvolle und erwünschte Hilfe bezeichnet.

Die deutsche Erwerbslosenfürsorge ist als solche während des Krieges entstanden, also eine verhältnismäßig neue Einrichtung, für die Vergleich mit der Vorkriegszeit nicht möglich sind. Verwiehen wird aber auf die Belastung, welche die Sorge um die Arbeitslosen früher für die Armenpflege bedeutete. Irrtümer über die Lasten der Erwerbslosenfürsorge haben sich insbesondere daraus ergeben, daß die Höchstbeiträge — 3 v. H. vom Lohn, nämlich je 1/2 vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer — immer wieder mit den tatsächlich geleisteten Beiträgen verwechselt werden. Diese liegen viel niedriger z. B. in Baden auf 1,2 v. H., in Sachsen auf 1 v. H., in Berlin und Hamburg auf 0,5 v. H. Nur ausnahmsweise — insbesondere im besetzten Gebiet — erreichen sie noch die Höchstgrenze von 3 v. H. Die Beiträge konnten überall dort am weitesten herabgesetzt werden, wo die vom Reichsarbeitsministerium angeordnete Beschäftigungsgemeinschaft im Rahmen des Bundesarbeitsamts erreicht worden ist. Das gilt insbesondere für Gebiete mit so schwierigem Arbeitsmarkt wie Berlin, Hamburg und den Freistaat Sachsen (1). Es sieht also zu erwarten, daß die Einführung der Beschäftigungsgemeinschaften im Rahmen der Bundesarbeitsämter für das ganze Reichsgebiet allgemein zur weiteren Herabsetzung der Beiträge führen wird, die schon jetzt im Reichsdurchschnitt nicht über 1,5 v. H. — je 3/4 v. H. Arbeitgeber und Arbeitnehmer — liegen. Bitternützig wird der Aufwand der Erwerbslosenfürsorge, wenn man den bisher unglücklichsten Monat des Haushaltsjahres, den September, als Durchschnitt zugrunde legt, etwa 200 Millionen Reichsmark betragen, wovon Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen 220 Reichsmark aufzubringen haben würden. Legt man den Durchschnitt der Monate April bis September zugrunde, so wird der entsprechende Betrag nur 180 bis 190 Millionen Reichsmark betragen.

Als Soziallast ergibt sich aus der Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge somit höchstens ein Betrag von 1 1/2 Milliarden, also nur der dritte Teil der in letzter Zeit in der Öffentlichkeit behaupteten Summen.

## Allgemeine Rundschau

### Gewerkschaftsbewegung und nationaler Wille

Was ist für uns der Inhalt des Nationalen? National sein heißt für uns, Liebe und restlose Hingabe gegen die deutsche Nation, mit dem Herzen an allem Nationalen hängen, heißt, das Volk mit Liebe in sich aufnehmen. National bedeutet für uns das Gefühl der Verbundenheit zwischen Einzelpersonen und Volk, es bedeutet das lebendige Gefühl der Zugehörigkeit des einzelnen zu seinem Volke und umgekehrt; es bedeutet Liebe des Volkes zum einzelnen Kinde des Volkes und Liebe des einzelnen zu diesem Volke. Es bedeutet die bewußte oder unbewußte Wertschätzung und Ehrung dieses Verhältnisses durch einen und alle um jedes und des Ganzen willen, um seiner selbst willen, so wie Familie und Familienbande um der Familie der einzelnen Angehörigen willen anerkannt und geehrt werden.

Ausdrücklich und bewußt sprechen wir in diesem Zusammenhang lieber von Volk als von Nation, obwohl wir vom nationalen reden. Ueber die Begriffe Nation und Volk und über die Unterschiede zwischen beiden bestehen verschiedene Meinungen. Doch deutet Nation in seinem modernen Sinne mehr auf die aus Stammesgleichheit hergeleitete Gleichheit des politischen Willens, ja, auf eifersüchtiges Wachen über die Erhaltung dieser Stammesgleichheit und über die politische Ehre hin. Nation ist die begriffliche Personifizierung der Einheit Volk. Volk hingegen ist eine Schicksals- und Kulturgemeinschaft. Das Volk kann zugleich eine Nation, die Nation zugleich ein Volk sein. Es kann aber auch die Nation zugleich reichen, als das Volk, und das Volk kann umgekehrt auch über die Nation hinausstrahlen. Doch auf diese Unter-

### Am 29. Nov. 1924 ist der achtundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1924 fällig.

scheidungen kommt es uns nicht so sehr an, wenn wir sagen, daß wir in Verbindung mit dem Nationalen lieber vom Volk als von Nation reden. Wir mögen die Begriffe nicht spalten, wir wollen die Worte wägen. Und da haben wir das Gefühl, daß „deutsches Volk“ schwerer wiegt, als „deutsche Nation“. Volk — das klingt nach Vater und Mutter, nach Kind, Bruder, Schwester, Freund, nach Blutsverwandtschaft und Gleichgesinntheit der Seelen. „Volk“ ruft sofort den Geschmack der uralten Eigentümlichkeiten — eben des Volkes hervor, und ist untrennbar verbunden mit der Vorstellung „Heimat“. Was aber liegt nicht gerade für uns in diesem Worte? Geborgenheit und Zufriedenheit, Vertrautheit mit Menschen und Dingen, Liebe zu einem Flecken Erde, zu einem Berge, zu einem Hause, zu einem Wohnraume, zu einer Landschaft, zu „Land und Leuten“, fester Punkt in aller Wirrsal, aller Sehnsucht, alles Leidens, alles Glückes. Das Land unseres Volkes aber ist unsere Heimat, und als Heimat lieben wir Deutschland und alles Land, das von Deutschen bewohnt wird, mit seinen Ebenen, seinen Tälern, seinen Flüssen, seinen Wäldern, seinen Feldern, mit seiner Sonne und seinem Regen, mit Wärme, Schnee und Kälte. Wir lieben es mit seinen unterirdischen Schatzkammern, mit seinen Städten und und Dörfern, seinen Straßen und Plätzen. Wir lieben es als den Untergrund des Volkes der Nation, und als den Schauplatz, den Zeugen und den Verkünder seiner Geschichte. In diesem Sinne heißt national sein für uns das Vaterland, unseres und der kommenden Geschlechter Land, lieben. In „Volk“ und „Heimat“ ist Seele, in Nation Herzheit, Verstand, Wille, politischer Wille, ja Organisation, Technik. In „Volk“ ist das Leben selbst mit Werden und Vergehen, mit Kind und Greis, mit Mann und Frau, mit Glück und Leid, mit Wollen und Nichtwollen, mit Können und Nichtkönnen, mit Genie und Mittelmäßigkeit, mit Not und Tod, mit Aufstieg und Untergang, mit Aufbau und Zerfall, mit glänzenden Zeiten und Zeiten der Schmach, mit Haber und Frieden, mit Güte und Gier. — In Volk ist Seele und Leben; ewig werden wir Deutsche in diesem Sinne mehr Volk, als Nation sein; denn von Schicksals wegen sind wir so! Volk klingt nach Mutter, Nation nach Vater. Wenn wir aber von Vaterland reden, denken wir im Innersten nicht zuletzt an Vaterland, auch nicht an Mutterland, auch nicht an Elternland, sondern an Heimat. Heimat ist aber nicht Sache des Verstandes, des Materielle, der Macht, des politischen Willens; Heimat ist eine Angelegenheit des Gemütes, der Sehnsucht, der Liebe, der Seele, und gerade deshalb stärkster Urquell des Lebens und der Kraft. Im Volke weht das Leben, wohnt die Seele. Eine ewig glückliche und fruchtbare, und deshalb ewig süßschmerzliche Verbindung. Sie erlaubt uns nicht nur, sie berechtigt uns nicht nur, sondern sie scheint uns zu fordern, daß wir Volk und vollk, daß wir deutsch meinen, wenn wir national sagen. Das Wort ist da, es ist geprägt und im Gebrauch, bleiben wir dabei, doch steht es uns frei, ihm den Sinn zu geben, den wir mit ihm verbinden. National sein heißt, das Volk, das deutsche Volk in seiner Ganzheit lieben, in seiner Gegenwart, in seiner Vergangenheit und Zukunft, in allen seinen Schicksalen und Geschicken, mit allen seinen guten und auch mit allen seinen schlechten Eigenschaften. Freilich heißt national sein nicht, die schlechten Eigenschaften, die Unvollkommenheiten und Fehler des Volkes wegen anerkennen oder gar verherrlichen, sondern es heißt, seinem Volke trotz seiner Schwächen und Fehler zusetzen; es heißt, die Laster und Fehler mit Liebe bekämpfen. . .

Franz Behrens in der Zeitschrift zum 25 jährigen Gewerkschaftsjubiläum.

### Vorkriegsarbeitszeit die Rettung!

Reichsverband der deutschen Industrie und Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände erlassen eine gemeinsame Rundgebung, die von der Notwendigkeit und den Voraussetzungen des Preisabbaues spricht. Als Voraussetzungen werden zunächst verlangt steuerliche Reformen und eine Ermäßigung der Eisenbahngütertarife. Dann heißt es: „Aber auch bei schnellen und weitgehenden Maßnahmen auf den erwähnten Gebieten würde ein Versuch, die Preise herabzusetzen, ergebnislos bleiben müssen, wenn auf der anderen Seite durch eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit oder durch ein die Notwendigkeit der deutschen Wirtschaft verkennendes Hinantreiben der Löhne die Produktion verfeuert würde. Deshalb kann auch internationalen Bindungen nicht zugestimmt werden, wenn dadurch die Beibehaltung der Vorkriegsarbeitszeit unmöglich gemacht würde.“

Dazu bemerkt der „Deutsche“: Mit aller Deutlichkeit muß dazu gesagt werden, daß eine Rückkehr zu der Vorkriegsarbeitszeit in Deutschland an dem einseitigen Willen der gesamten deutschen Arbeitnehmerchaft scheitern wird. Daß der Verkürzung der Arbeitszeit, den Gewerkschaften, nichts daran liegt, eine unumgängliche schematische Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen, hat die Vergangenheit zur Genüge bewiesen. Aber die Beibehaltung der Vorkriegsarbeitszeit erscheint ihnen ebenso als glatte Unmöglichkeit. Auch der Arbeitnehmer hat das jütliche Recht auf ein menschenwürdiges Dasein. Deshalb wird der Kampf der Gewerkschaften gegen Arbeitszeiten, die dem nicht gerecht werden, ebenso weitergehen, wie der

Kampf um Löhne, die keine den Kulturverhältnissen entsprechende Lebenshaltung ermöglichen. Im Bemühen, die Produktion zu verbilligen und den Export zu heben, werden die Arbeitgeber die Gewerkschaften auf ihrer Seite finden, soweit die Hebung und Verbilligung der Erzeugung durch technische und organisatorische Verbesserungen in Frage kommt. Jede Debatte aber über Arbeitszeitverlängerungen und Kürzungen des Reallohnes durch Beibehaltung unzureichender Nominallohne erscheint nach Lage der Dinge überflüssig. Damit sollten sich endlich auch die Arbeitgeber abfinden.“

### Bevorstehende Inbegverbesserung?

Am 18. November fand im Statistischen Reichsamt unter Beteiligung der Gewerkschaften eine Besprechung über die Berechnung der Reichsindexziffer und Feststellung der Lebenshaltungskosten statt. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen, sie werden am 1. Dezember fortgesetzt. In der Presse wird darüber berichtet:

Die jetzige seit Jahren angewandte Methode der Berechnung hat sich trotz ihrer natürlichen Mängel und Schwächen infolge ihrer ruhigen Ausgeglichenheit als ein brauchbarer Gradmesser für die Preisentwicklung im Reichsdurchschnitt erwiesen, nachdem sie eine wohl abgemessene Durchschnittszahl aus 72 Orten verschiedener Größe und geographischer Lage darstellt. Gegenüber den örtlichen Berechnungen, die begreiflicherweise oft mit schnellen und krassen, auf vielen Zufälligkeiten beruhenden Schwankungen der Preise aufgebaut sind, weist der bekannte Generalindex des Statistischen Reichsamtes manchen Vorzug auf. Trotzdem zeigt jedoch die Berechnungsmethode hier wiederholt kritisierte und bei den Verhandlungen vor den Gewerkschaften vorgebrachte Nachteile auf. Es fehlen z. B. wichtige, aber im Preise stark gestiegene Lebensbedürfnisse, die Vorkriegsernährungsverhältnisse sind zu minderwertigen Kriegs- und Nachkriegsrationen und Qualitäten abgeglitten und die Ausgaben für Wohnungsbedarf sind nicht erfasst. Diese Mängel müssen bei einer Bemessung des Reichsindexziffer als Bewegungsindezes zu falschen Schlüssen und Ergebnissen, namentlich bei Vergleichen der Löhne mit der Friedenszeit Veranlassung geben. Bei solchen Lohnvergleichen mit der Vorkriegszeit wird zudem sehr oft übersehen, daß im Frieden die Tariflöhne fast ausnahmslos Mindestlöhne, heute leider Höchstlöhne darstellen und daß außerdem andere statistisch schwer erfassbare und örtlich verchiedene Verhältnisse (Alford, Prämien usw.) solche Vergleiche erschweren. Das Statistische Reichsamt hat die bisher fast regelmäßig vorgenommenen Veröffentlichungen solcher Vergleiche vorläufig eingestellt.

Am den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und Vergleiche der Einkommensverhältnisse zu ermöglichen, scheint sich die Notwendigkeit zu erweisen, neben dem alten Reichsindex eine weitere zur Feststellung der Lebenshaltung besser geeignete Methode, gewissermaßen also einen Zusatzindex anzuwenden. Es wäre dann wohl erforderlich, die jetzige Methode des Generalindex auch noch beizubehalten, nachdem sie während der Inflationszeit bei Rechtsverträgen auf den verschiedensten Gebieten als Richtzahl Anwendung gefunden hat.

### Die R. P. D. geführt von Wirtschaftspfeilern

Im R. Stabhafter Stadtparlament hat sich die kommunistische Fraktion gehalten. Drei bisherige kommunistische Stadtverordnete gaben darauf in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung folgende bezeichnende Erklärung ab:

„In der kommunistischen Partei haben Leute die Führung an sich gerissen, denen nicht das Wohl und Wehe des Proletariats am Herzen liegt, sondern die es nur darauf abgesehen haben, die alten Führer zu beseitigen, um selbst die Rente zu besetzen. Wir haben zu verzeichnen, daß zu diesem Zweck die schmutzigsten Argumente vorgebracht werden und daß man vor keinem Mittel zurückbleibt, um diejenigen, die bisher die Führung der Partei inne hatten, zu brandmarken. Wir sehen das Hinantreiben ganzer Stadtverordnetenfraktionen in Nemischeid um. Und diese Leute sagen dann: wir sind diejenigen, die die richtige Politik machen! In Wirklichkeit wird die Partei jetzt aber geführt von Wirtschaftspfeilern und das Proletariat hat darunter zu leiden. Wir sagen dem Proletariat: Macht Schluss mit diesen Leuten, die das Proletariat von einer Niederlage zur anderen geführt haben. Mit welchen Waffen kämpfen wir? Kopernikus und Kopernikus genant hat, ohne daß Tatsachen dafür vorhanden sind. Wir haben unseren Ausschuss mit einer Mitteilung bekommen, die lautet: Die beiden Herren haben das Angebot der Partei als Mitglieder der Partei geschädigt, weil sie auf dem Abischofe Kaffee getrunken (!) haben.“

Also die R. P. D. geführt von Wirtschaftspfeilern? Ein bisheriger Kommunist sagt, wird's schon können. Und dieser Partei gaben bei der Reichstagswahl im Mai 5 Millionen Deutsche, zumeist Arbeiter, ihre Stimme. Es die bevorstehende Wahl die Gegenüberrechnung entscheiden wird? Im Interesse der deutschen Arbeiterchaft ist das bringend zu wünschen.

### Cariffbewegung

#### Die Vereinbarung

Über die Betriebsvertretung der Bauarbeiter findet auf den Feuerungs- und Schoteneisenbau Anwendung, da eine diesbezügliche Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien zustande gekommen ist.

Bezirk Bochum

Am 5. November 1924 fanden in Düsseldorf Verhandlungen für das Hoch- und Tiefbaugewerbe in Rheinland und Westfalen statt.

Da es den Bauarbeitervertretern bekannt ist, daß die hier in Betracht kommenden Bauunternehmer völlig unter den Einfluß der Großindustrie und der Kohlenindustrie stehen und daher ohne deren Erlaubnis keine Lohnerhöhung bewilligen dürfen...

In der Sitzung des Bezirkslohnamtes lehnten die Vertreter der Bauarbeitgeberverbände abermals jede Lohnerhöhung grundsätzlich ab, wie sie bereits in einer Denkschrift, die sie ein paar Tage vor der Verhandlung dem Vorsitzenden des Bezirkslohnamtes zugesandt, es angekündigt hatten.

Weiter stellte sich auch der Vorsitzende des Bezirkslohnamtes, Herr Dr. Rejeune aus Köln, auf den Standpunkt der Unternehmer und bemerkte, daß die Bauarbeiterlöhne ab 1. August d. J. um 11 Prozent, die Feuerarbeiter aber nur um 8,8 Prozent gestiegen seien.

Aus dem Verbandsleben

Jubelfeier in Gelsenkirchen

Am Sonntag, den 9. November, feierte unsere Ortsgruppe im Saale des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter das 25jährige Bestehen unseres Verbandes.

Die Gründung der Ortsgruppe Gelsenkirchen erfolgte im Jahre 1903 im Lokale Heinrichs in der Bauarbeiterstraße. Doch schon im Jahre 1906 siedelte man zum Lokale Dirlitz in der Vereinsstraße über...

Der erste Solalbeamte in Gelsenkirchen war der Kolonnenführer Herr Stumm. Es folgten dann die Kollegen Jannasch, Herrich, Bouffas, Müller, Johann Beck und Kraft.

Nicht vergessen soll werden, daß der Kollege Richard Franke in Wattenfeld die dortige Ortsgruppe mit ins Leben rief, bis auf den heutigen Tag führt sie mit der alten Liebe und Hingabe für die gute Sache.

Schwere Stunden hat der Weltkrieg unserer Ortsgruppe geschlagen. 40 Kollegen an der Zahl sind es, die ihr Leben auf dem Felde der Ehre fürs Vaterland hingeben haben.

teilsbach, Hagemann, Gebr. Rabe, Heese, Pittsch, Rudul, Otto, Höpfer, Bill, Stange, Böhmer, Sommer, Japp, Heil, Kaufmann und andere bedeuteten für unsere Ortsgruppe in der Vorkriegszeit ein Programm.

An Feinden und Widersändern hat es auch in Gelsenkirchen unserer Bewegung nicht gefehlt. Doch allen bösen Gewalten zum Trotz ist sie gewachsen, und sie wird weiter vorwärts schreiten, dabei immer das eine große Ziel im Auge, die Interessen unserer Mitglieder nach allen Seiten hin zu wahren und dem Gesamtwohl zu dienen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß wir im Jahre 1920 hier am Orte eine Polier- und Schachtmeistersektion ins Leben riefen, die im Laufe der Zeit weiter ausgebaut und gefestigt worden ist.

Auf Grund der hier angeführten Tatsachen und Erinnerungen kann man es verstehen, wenn unsere Ortsgruppe das Silberjubiläum unseres Verbandes in feierlicher Weise beging und der Andrang, so außerordentlich stark war.

So verließ unsere Jubelfeier in Gelsenkirchen recht stimmungsgemäß und gemütlich. Möge das bestehende kollegiale Band Mitglieder, Vertrauensleute und Angestellte künftig noch fester und inniger als bisher umschlingen!

So verließ unsere Jubelfeier in Gelsenkirchen recht stimmungsgemäß und gemütlich. Möge das bestehende kollegiale Band Mitglieder, Vertrauensleute und Angestellte künftig noch fester und inniger als bisher umschlingen!

Polier- und Schachtmeisterbewegung

Der Polierbund - eine Klassenkampforganisation

Damit die heitere Note in unserem Jubiläumsgedenken nicht fehlt, hat auch die "Zeitung des Polier-, Berg- und Schachtmeister-Bundes" des 25jährigen Bestehens der christlichen Gewerkschaften gedacht.

Als 1899 in Mainz auf dem ersten Kongress der christlichen Gewerkschaften aus den beruflichen Fachabteilungen konfessioneller Arbeitervereine die christlichen gegründet wurden...

"Aus der christlichen Duldung und Bestandschauung entwickelte sich bald der Klassenkampf."

"Durch Streiks und Ausperrungen wurde auch (auch ist gut; die Polierbündler waren natürlich damals schon Klassenkämpfer? ? ! ? D. Red.) den Christlichen das Klassenbewußtsein eingehämmert und bald waren die Gründungshefen vergessen, nach denen der Klassenkampf verpönt wurde."

"Durch die Entstehung der wirtschaftsfriedlichen gelben Verbände wurden die Christlichen noch mehr von ihrer ursprünglichen Zielrichtung abgetrieben. Sie wußten sich gegen den Willen der oberen Drahtzieher, wenn sie bestehen wollten, enger an die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften anzuschließen."

Wer freute sich nicht über solche Entdeckungen! Zum Bösen aber ist es, wenn die „Polier-Zeitung“

sich zum Schluß als gewerkschaftliche Jugendwächterin über die christlichen Gewerkschaften aufwirft: „Die christlichen Gewerkschaften werden als wirtschaftliche Interessenvertretung nur dann bestehen können, wenn sie konsequent den Gedanken des Klassenkampfes weiter fördern."

Nein, da kann kein Mensch ernst bleiben. Aber wir haben Verständnis für die Nöte, die den Polier-Bund zu solch ergötzlichen geistigen Strobenstücken befähigen. Er hat es immer noch nicht innerlich verwunden, daß er im ersten panischen Revolutionschrecken mit einem wirklich topfloschen Sprung im Revolutionshafen landete.

Über der Polier-Bund soll nicht sagen, daß wir ihn nicht ernst nehmen. Er will eine marxistische Klassenkampforganisation sein. Zwar die Bundesbrüder im sozialistischen Allg. Deutschen Gewerkschaftsbund scheinen ihn etwas über die Wolke anzusehen, und sein nächster Nachbar, der Deutsche Baugewerkschaftsbund, sieht seinen „Fall“ gar als hoffnungslos an.

Don den Arbeitsstellen

Gasvergiftung mit tödlichem Ausgang

Dortmund. Bei der Firma Heinrich Koppers, Essen, war auf der Baustelle Kaiserstuhl II zu Dortmund an den Koksöfen unser Kollege, der Maurer Franz Schrimpf, mit der Verdichtung der sogenannten Stetgeröhre beschäftigt.

Wer in dem schrecklichen Weltkrieg eine Gasvergiftung kennengelernt hat, kann es sich leicht ausmalen, unter welchen traurigen Umständen unser Kollege gestorben ist.

Wiederum ist zu erkennen, mit welcher verschiedenartigen Berufsgefahren unsere Kollegen zu rechnen haben, und daß Vorsicht immer wieder das beste Mittel ist, Unfälle zu vermeiden.

Bekanntmachung

Achtung! Verwaltungsstelle Siegen i. W.

Das weitverzweigte Gebiet unserer Verwaltungsstelle macht es notwendig, daß wir für den persönlichen Verkehr mit dem angestellten Kollegen im Verbandsbüro bestimmte Stunden festlegen.

Der Verwaltungsstellenvorstand. Fritz Niedernhöfer. S. Behler.

Lokalbeamter gesucht!

Die Verwaltungsstelle Berlin sucht einen Lokalbeamten. Eintritt zum 1. Januar 1925. Es wird auf eine tüchtige Kraft mit organisatorischer, agitatorischer und rednerischer Befähigung reflektiert.

Paul Wegoll, Berlin D34, Kopernikusstr. 35.

Rautabaf billig! Nur an Zahlstellen.

Gammewacker, Grimm und Trepel, Doms, Cramer, Diane, mittel, dicke Rollen und Hufeisenform; per Stück 12 Pfg., Cramer 15 Pfg., bei einem Mindestquantum von 250 Stück. Verpackung und Porto frei, ab Stammhaus per Nachnahme zuzüglich Nachnahmeporto.